

# Rundbrief

Nr. 13 / September 2007



## Anschrift

Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V.  
Kopenhagener Straße 71, 10437 Berlin

## Kontakt

Telefon: 030.440 130 28  
Telefax: 030.440 130 29  
info@asfrab.de  
www.asfrab.de

## Bürozeiten

Mo-Fr 10-18 Uhr

---

20. September 2007

### Liebe Freundinnen und Freunde,

erinnert Ihr Euch? „Die Tornados sind sicher“. Heute wissen wir, dass dieser Satz fortgesetzt werden muss: "... sind sicher weiterhin mit Zustimmung des Bundestags in Afghanistan." Der ISAF-Einsatz, der Tornado-Einsatz in ganz Afghanistan und der Einsatz im Rahmen der US-Operation "Enduring Freedom" werden verlängert, und zwar gewiss. Die Koalitionsparteien im Bundestag sind eifrig bemüht, ZweiflerInnen in den eigenen Reihen zu überzeugen. Auch bei den grünen VertreterInnen der Opposition im Bundestag gibt es viel Zustimmung, zum Ärger mancher grünen Führungskräfte jedoch nicht in der grünen Basis. Wir freuen uns natürlich über Stimmen des Gewissens, die sich regen. Ob sie von der Basis an die Spitze dringen, wird die Abstimmung im Bundestag zeigen...- Neues von der Wehrpflichtfront: Die SPD plant eine "freiwillige Wehrpflicht". Wer sich dabei an den "freiwilligen Zwang" aus der DDR erinnert (z.B. drei Jahre zur NVA zu gehen, wenn man denn studieren wollte), assoziiert ganz richtig. Ebenfalls ein alter Hut: "Wehrgerechtigkeit" à la Jung.- Totale Kriegsdienstverweigerer hingegen werden noch ehrlich und offen gezwungen. Die Zeit der (vermeintlichen!) Toleranz der Wehersatzbehörden scheint vorbei.

Wir hingegen grüßen herrschaftsfrei aus dem Büro  
Euer asfrab-Team ◀

---

### Inhalt

Afghanistan und anderswo · Abschweifung · Neues von der Wehrgerechtigkeit · TKDV: kein Ende der Repression ◀

---

### Afghanistan und anderswo

Wieder tönte es in den ersten Septembertagen aus allen Medien: Zum sechsten Mal jähren sich die Anschläge auf symbolträchtige Ziele in den USA, bei denen 2001 fast 3.000 Menschen getötet wurden, ohne Zweifel ein krimineller Akt gegen Zivilpersonen. Eine Kriegshandlung, wie der unmittelbar danach ausgerufene "Krieg gegen Terror" suggeriert, war es nicht. Trotzdem befindet sich die Bundesrepublik Deutschland seit sechs Jahren im Nato-Bündnisfall, sozusagen gewohnheitsmäßig. "Kampf gegen den Terror" bedeutet für die Bundeswehr vor

allem: Einsätze im Rahmen der "Operation Enduring Freedom" (OEF). Auch der ISAF-Einsatz in Afghanistan wird oft damit in Zusammenhang gebracht, ist aber offiziell und völkerrechtlich ebenso wenig Teil von OEF, wie OEF Teil der ISAF ist.

Der Bündnisfall liefert die Begründung für alle Einsätze, die Teil der "Operation Enduring Freedom" sind. Dazu gehört auch der Einsatz von Marineeinheiten vor der ostafrikanischen Küste, am so genannten Horn von Afrika. Sie sollen dort nicht nur den Terrorismus verhindern, sondern "nebenbei" auch die Piraterie vermindern. Die aber hat zugenommen. Auch Terroristen konnten am Horn von Afrika bislang nicht festgenommen werden. Die OEF-Soldaten unterstützen Kampfhandlungen. Im Rahmen von OEF ist die Bundeswehr vom Bundestag mandatiert, 1.800 Soldaten einzusetzen. 100 davon können „Spezialkräfte“ sein, z.B. Soldaten des Kommandos Spezialkräfte. Über deren Tätigkeit wird noch nicht einmal Bundestagsabgeordneten Auskunft erteilt. Es kann also nicht geprüft werden, was sie an ihren Einsatzorten tun, nicht einmal, ob derzeit KSK-Soldaten in Afghanistan eingesetzt werden, oder, wie behauptet, seit 2005 nicht mehr. Wie viele zivile Opfer "Enduring Freedom" bisher forderte, ist unbekannt. Im Rahmen von OEF sind rund 10.000 Soldaten in Afghanistan im Einsatz, vorwiegend US-Army. Dass die Tätigkeit der Bundeswehr für OEF nichts mit dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz zu tun hat, wissen selbst politisch aktive BürgerInnen und Mitglieder von Parteien nicht immer.

Der Tornado-Einsatz in Afghanistan wurde im März 2007 vom Bundestag beschlossen. Da er nun verlängert werden soll, möchte die Regierung ihn in der Abstimmung als Teil des ISAF-Einsatzes deklarieren. In Wahrheit unterstützen die Tornados sehr wohl auch OEF. Doch das Grundgesetz erlaubt die Unterstützung von Kampfeinsätzen nur, wenn sie durch ein UN-Mandat gedeckt ist. Und das gilt eben nur für ISAF, die Nato-geführte International Security Assistance Force. Laut den UN soll sie die afghanische Regierung bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit unterstützen. Ihr Erfolg dabei ist mehr als relativ: Seit Jahren beschützen deutsche Soldaten in Afghanistan in erster Linie deutsche Soldaten in Afghanistan (sieht man mal von denen ab, deren

Lager von afghanischen Milizen bewacht werden). Streifen kontrollieren hauptsächlich Gebiete, aus denen die deutschen Stützpunkte beschossen werden können. Um in dem seit fast drei Jahrzehnten vom Krieg verheerten Land wirklich etwas ausrichten zu können, würden SpezialistInnen benötigt, die für gewaltfreie Konfliktbearbeitung ausgebildet und mit den Bedingungen im Land vertraut sind. Bundeswehrsoldaten bleiben in der Regel vier Monate in Afghanistan, sie verbringen diese in der Regel komplett im Stützpunkt. Hilfsangebote für die Zivilbevölkerung gibt es zwar, doch da sie nicht ausreichend mit der lokalen Bevölkerung abgestimmt werden, gehen sie oft an deren wirklichen Bedürfnissen vorbei, wie aus kritischen Berichten von Bundeswehrsoldaten zu erfahren ist. Militärs sprechen davon, dass 800.000 Soldaten benötigt würden, wollte man "nur" so viele Besatzungssoldaten einsetzen wie im Kosovo. Dabei ist die Lage in Afghanistan noch ungleich schwieriger. Und um die menschenrechtliche Situation im Land zu verbessern, insbesondere die Lage der Frauen, müssten soziale und Bildungsprogramme greifen - keine Militäreinsätze, sondern Programme mit vergleichbarer finanzieller Ausstattung, qualifiziert, in hoher personeller Kontinuität und einer Form der Zusammenarbeit mit AfghanInnen, die Vertrauen möglich macht. Statt dessen versuchen Militärs, ihre Tätigkeit mit derjenigen ziviler Organisationen zu vermischen und torpedieren deren Aufbauarbeit, indem sie das Vertrauen der Bevölkerung zu zivilen und Nichtregierungsorganisationen untergraben. Nicht zuletzt: Wenn neben dem Anti-Terror-Kampf auch der tatsächlich eklatante Mangel an Demokratie und Menschenrechten in Afghanistan sogar als Begründung für Militäreinsätze ausreicht, warum ist es dann für afghanische Asylsuchende so schwer bis unmöglich, einen sicheren Aufenthalt in der Bundesrepublik zu bekommen? ◀

**Kleine Abschweifung zum Thema "anderswo":** Wieviele geschmuggelte Waffen hat die Bundeswehr im Einsatz UNIFIL vor der Küste Libanons aufgebracht? Die von Deutschland geführte multinationale Maritime Task Force überprüfte bislang rund 9.000 Schiffe per Funk. 36 wurden den libanesischen Behörden zur Kontrolle gemeldet. Gefundene Waffen: keine. Keine Waffen? Ist das nicht ein prima Ergebnis, das die 75 Millionen €, die der Einsatz bislang kostete, wirklich lohnt? (Für alle, die sich da nicht sicher sind: Die Hizbollah wird derzeit auf dem Landweg mit Waffen versorgt, und zwar ausreichend.) ◀

**Neues von der Wehrgerechtigkeit**  
Das Verteidigungsministerium äußert sich aktuell zum Thema Wehrgerechtigkeit. Eigentlich geht nicht Neues aus dem „Bericht des Bundesministers der Verteidigung zur Wehr- bzw. Einberufungsgerechtigkeit“ hervor, der dem Verteidigungsausschuss im September dieses Jahres vorgelegt wurde. Das Verteidigungsministerium argumentiert seit geraumer Zeit in Bezug auf die Wehrgerechtigkeit und in Vorausschau auf eine Verfassungsgerichtsentscheidung folgendermaßen: Es gebe zwar immer noch über 400.000 Männer, die jedes Jahr in die Wehrpflicht hineinwachsen, aber in 10 bis 20 Jahren

wären es ja unter 400.000... Im Rahmen der Wehrpflicht werde gerecht ausgeschöpft, wenn nach allen Ausnahmen (schlechter gemustert als T2, KDVer, verheiratet, Vaterschaft, Polizei, Feuerwehr, etc.) die Mehrzahl einberufen würde. Und damit die Mehrzahl einberufen wird, rechnet das Kriegsministerium zu den Grundwehrdienstleistenden (GWD) die Freiwillig Wehrdienstleistenden (FWDL) und die Zeitsoldaten (ZS) dazu. So erreichen die Mathegenies im Ministerium, dass von 100% wehrpflichtigen Männern eines Geburtsjahrgangs nach allen Abzügen 24% übrig bleiben. Davon werden dann ca. 70% für GWD, FWDL und ZS ausgeschöpft. Da 70% eindeutig eine Mehrzahl sind, ist somit Wehrgerechtigkeit hergestellt! ◀

### **TKDV: kein Ende der Repression**

Zuerst die gute Nachricht: Jonas Grote ist frei. Anfang Juli verließ er nach 42 Tagen Bundeswehrarrest die Otto-Lilienthal-Kaserne in Roth bei Nürnberg. Begründet wurde seine Freilassung damit, dass durch sein Verbleiben in der Bundeswehr die militärische Ordnung ernstlich gefährdet sei. Zudem wäre "Nachahmungsgefahr" gegeben. An dieser Stelle ein Dankeschön an alle Vereinsmitglieder, die sich für Jonas' Freilassung eingesetzt haben! Die schlechte Nachricht: Jonas wird vor Gericht gestellt werden, da totale Kriegsdienstverweigerung nach wie vor als Straftat gilt.

Kaum war Jonas frei, meldete sich ein weiterer Totalverweigerer zu Wort: Alexander Hense. Er wurde am 10. Juli von den Feldjägern aus der Wohnung seiner Eltern in die Kaserne geschleppt. Alexander zur Wehrpflicht: "Einen Menschen seiner Grundrechte derart zu berauben, wie es die Wehrpflicht tut - ohne seine Einwilligung und ohne jegliche Schuld seinerseits - sollte verboten sein und unter Strafe stehen." Allen, die mehr zu Alexanders Totalverweigerung und seiner Motivation lesen möchte, sei sein Weblog: [www.realsatire.gmoc.de](http://www.realsatire.gmoc.de) wärmstens empfohlen. Alexander Hense wurde nach 23 Tagen Arrest entlassen und sieht nun ebenfalls seinem Prozess entgegen.

Nachdem über zwei Jahre keine Einberufungen erklärter Totalverweigerer öffentlich wurden (was nicht automatisch heißt, dass es keine gab), hätte man meinen können, die Bundeswehr habe die Repression gegen totale Verweigerer aufgegeben. Die aktuellen Fälle zeigen, dass dies nicht stimmt: Vielleicht wird heute mit größerer Willkür entschieden, ob derart unbotmäßige Wehrpflichtige einberufen werden oder nicht. Die Repression aber bleibt bestehen, und das, obwohl gleichzeitig nur jeder 5. Wehrpflichtige zum Kriegsdienst mit der Waffe einberufen wird. Bestraft wird, wer die Ablehnung des Kriegsdiensts offen, bewusst und politisch begründet. Ignoriert wird, wer heimlich, still und leise die Wehrpflicht umgeht. Ist es auch Heuchelei, so hat es doch Methode, denn jeder Totalverweigerer ist ein lebender Beweis für die politische Grundrechtsverletzung durch die Wehrpflicht. Deshalb haben die Militärs so große Furcht vor Nachahmung. Wir berichten weiter - zum 1. Oktober ist erneut ein Totalverweigerer einberufen. ◀

V.i.S.d.P. für diesen Rundbrief: Michael Behrendt